

Dresdener Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Verlagspreis: 18 5 28, 18 6 38, 18 8 97. Postfach: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Nr.: Neueste Dresden

Monatlich bei freier Bekleidung durch Boten Nr. 1,40
vierteljährlich Nr. 4,20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Kultur und Kunst“
18 Pf. monatlich mehr.
Verlag in Dresden:
Kong. A ohne „Neueste“ monatlich Nr. 1,40, vierteljährlich Nr. 4,20
B mit „Neueste“ „Kultur und Kunst“ „L.M.“ „L.M.“ „L.M.“
In Cisleithen: Ungarn:
Kong. A ohne „Neueste“ monatlich Nr. 2,20, vierteljährlich Nr. 6,60
B mit „Neueste“ „Kultur und Kunst“ „L.M.“ „L.M.“ „L.M.“
Nach d. Postamt in Straß. abh. Nr. 1,10. (1. u. 2. Klasse)

England und die Bolschewiki

Frühere Wahlen

Zwei bedeutende Beschlüsse sind in der gestrigen Sitzung der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte mit harter Mehrheit angenommen worden. Zunächst galt es, den Vorschlag der A- und B-Räte zu genehmigen. Dieser lag die entscheidende Gewalt bei dem Berliner Volkskongress, an dessen Spitze der bekannte Richard Müller stand, der allgemein „Leichenmüller“ genannt wird, weil er in einer kürzlich erschienenen Broschüre die Verhältnisse der Arbeiter- und Soldatenräte als „Leichenmüller“ bezeichnet hatte. Der Weg zur Nationalversammlung geht nur über seine Hände. Die Zusammenkunft des Berliner Volkskongresses, der überdies formell die in der Wahlordnung der Reichskonferenz enthaltenen Beschlüsse, die der Wille der revolutionären Mehrheit in seiner Weise zum Ausdruck kam. Es hat in diesem Augenblick keinen Zweck, sich mit vergangenen Dingen aufzuhalten und die Angriffe des Berliner Volkskongresses noch einmal zu beleuchten. Dem neuen Zentralrat, der aus 27 Mitglieder besteht, gehören Vertreter aus dem ganzen Reichsgebiet an, wodurch die Grundlage seiner Tätigkeit auf eine breitere Basis gestellt ist.

Das wichtigste Ergebnis der gestrigen Sitzung des Kongresses ist aber der Beschluß über den früheren Termin zur Abhaltung der Wahlen für die deutsche Nationalversammlung. Der frühere Reichstagsabgeordnete C. G. v. Bredow, der auch eine klare Begründung seines Standpunktes gab, hatte den Antrag eingebracht, die Wahlen zur Nationalversammlung bereits am 19. Januar anzusetzen. Der Rat der Volksbeauftragten war vor einigen Wochen abgelehnt worden, der Wahltermin auf den 19. Februar anzusetzen. Hierbei war schon der Vorbehalt gemacht worden, daß die Reichskonferenz der A- und B-Räte die endgültige Entscheidung über den Wahltag haben sollte. Die Verhältnisse im Reich, die durch den unglücklichen Ausgang des Krieges und die überhäufige Demobilisierung außerordentlich geworden sind, verlangen dringend nach einer Konsolidierung der Lage, die nur durch eine Regierung geschaffen werden kann, die sich auf die erklärte Willensänderung des deutschen Volkes stützt. Voraussetzung dazu ist die Nationalversammlung. Im Rat der Volksbeauftragten bestand seit langem volle Übereinstimmung darüber, daß die Nationalversammlung einberufen wird. Nur über den Termin herrschten noch Meinungsverschiedenheiten, die auch jetzt, wie die gestrigen Verhandlungen gezeigt haben, noch nicht beseitigt sind. Die Verhältnisse im Reich sind für eine frühere Einberufung, einmal, weil sie eine fundierte eingehende Beratung und eine verantwortliche Regierung sowohl wegen der Lage im Innern wie auch wegen der Beziehungen zum Ausland für unbedingt erforderlich halten, andererseits aber auch glauben, daß nur durch ein schnelles Handeln das Zusammenkommen einer sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung erzielt werde und von dem Fortdauern der gegenwärtigen Unbestimmtheit der Verhältnisse einen Stimmverlust zugunsten der bürgerlichen Parteien befürchten. Die Unabhängigen wünschen ein Hinschieben des Wahltermins, was für sie technische Schwierigkeiten der Wahl ins Feld führen, außerdem aber auch die Unmöglichkeit, während dieser kurzen Zeit aufzuklären in ihrem Sinne auf die Wahlen zu wirken. Ausgesprochener Gegner jeder Nationalversammlung und entschiedener Befürworter des Reichstags nach russischer Gewohnheit sind nur die Anhänger der Spartakus-Gruppe, die jedoch eine ganz kleine, aber um so lauterer Widerstand darstellende Gruppe.

Der Streit zwischen den Parteien ist durch den Beschluß des Reichstages entschieden und die Zustimmung hat ausnahmslos eine einstimmige Zustimmung über das Stimmverhältnis der Parteien gegeben. 400 gegen 80 Stimmen. Also mit absoluter Mehrheit. In der Antikommunistischen Gruppe, die für einen Wahltermin am 19. Januar erhoben worden, das Ergebnis muß sowohl für die Unabhängigen wie für die Spartakus-Gruppe eine große Enttäuschung sein. Gerade von diesen Kreisen waren immer die A- und B-Räte als die entscheidende Instanz für politische und soziale Fragen angesprochen worden. Und nun hat diese Ansicht mit solcher Mehrheit gegen sie entschieden. Werden sie diesen Beschluß annehmen? Die „Rechte Hand“, das Zentralorgan der Spartakus-Gruppe, hat heute morgen unter dem Titel „Selbstmord des Reichstages“ die Arbeiter- und Soldatenräte als politische Macht nicht anerkannt und ihnen nicht anerkannt werden. Sie erklären sich von transzendenter Kongressen ab. Sie sind außerdem aus der revolutionären Zeit der Wahlen am 9. November. Die revolutionäre Masse wird den ihr auszusenden Beschlüssen nicht beachten, die Arbeiter- und Soldatenräte werden bleiben. Sie werden nunmehr mit vereinigter Energie ihre Macht ausüben und ihr Ziel, die Revolution des 9. November zu verwirklichen haben. Sie werden das neue revolutionäre Weltbild ihrer ungetreuen Vertrauensmänner für null und nichtig erklären und werden die Kraft und den Mut finden, in dieser entscheidenden Stunde, wie einst Hitler, zu erklären: Hier habe ich, ich kann nicht anders! Es ist nun mindestens notwendig, daß der revolutionäre Reichstag seinen Beschluß, den Spartakus-Organen natürlich wieder als „revolutionär“ bezeichnet, einlöslich umzusetzen werde. Der Kongress hat durch seine einstimmige Zustimmung, daß er den Unabhängigen

Recht nichts auf dem Wege der absoluten Diktatur nicht ansetzen, sondern die Politik, die er unter den gegenwärtigen Umständen für einen richtigen hält, zu führen genötigt ist. Darin wird er sich durch das Gerede der Leichenmüller nicht irremachen lassen.

Die Frage ist nun noch, ob der Beschluß des Reichstages über den früheren Termin der Wahlen von dem Rat der Volksbeauftragten zum Gesetz erhoben wird. Der Rat ist politisch unzulänglich, aber es ist doch sehr wahrscheinlich, daß auch bei dem Volkskongress eine Mehrheit für den Beschluß vorhanden sein wird. Dann würde schon in den nächsten Tagen der wahre Wahlkampf beginnen.

Frankfurt als Ort der Nationalversammlung?

Berlin, 20. Dezember. Die verlautet, daß Oberbürgermeister Bogal von Frankfurt a. M. bei den unabhängigen Reichstägeln anfragt, die deutsche Nationalversammlung nach Frankfurt a. M. einzuberufen. Nach Informationen des Frankfurter General-Anzeigers soll einige Rücksicht dafür bestehen, daß Frankfurt a. M. zum Tagungsort der deutschen Nationalversammlung gewählt wird.

Anfrage über die Lebensmittelversorgung Deutschlands in Spa

Berlin, 20. Dezember. An der heutigen Sitzung der Völkerbundkommission in Spa wurden von deutscher Seite Anfragen über Deutschlands Versorgung mit Lebensmitteln gestellt. Die deutschen Delegierten erwiderten auf baldige Mitteilung, wenn und in welchem Maße die Verhandlungen über diese im Völkerbundkommission in Spa abgenommen werden können. General Vandenberg erklärte, daß diese Angelegenheit nicht die internationale Völkerbundkommission, sondern lediglich die Regierungen betreffe. Jedoch erklärte er sich damit einverstanden, die deutsche Anfrage den alliierten Regierungen zu übermitteln, um deren Antwort herbeizuführen.

Im übrigen bekräftigten sich die Verhandlungen der Kommission auf die Lebensmittelversorgung von Polen. U. a. wurde auf die Frage hingewiesen, in denen während der Rückwärts der deutschen Truppen die belagerten Zivilbevölkerungen Lebensmittel, besonders Getreide und Getreidemehl, erhalten könnten. Vom Vorkommen der englischen Kommission wurde mitgeteilt, daß die Entsendung qualitativer Sanitätskolonnen, Krankenschwestern und Medizinalbeamten für die britischen Truppenangehörigen gemäß dem Anerbieten des preussischen Kriegsministeriums willkommen sei. Von deutscher Seite wurde die Anfrage gestellt, daß dieses sanitäre Sanitätspersonal jederzeit heimreisen und unbeschränkt seine Tätigkeiten ausüben könne. Entgegen anderseitigen Protesten bestanden sich kein Teil der deutschen Völkerbundkommission mehr in Triest, so daß eine Abreise von Soldaten für die Völkerbundkommission möglich war. Triest nicht mehr in Betracht kommt.

Wann kommt der Vorstoß?

Kg. Berlin, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Nach zuverlässigen Nachrichten aus amtlichen Berliner Quellen rechnet man in Berlin mit dem Abschluß des Vorkriegsvertrages am 1. Januar. Mit dem Abschluß des allgemeinen Friedens wird spätestens Anfang April gerechnet. Die nunmehr amtschließliche Forderung der Alliierten, mit A- und B-Räten zu verhandeln, hat den Beschluß des Berliner Volkskongresses über die frühere Einberufung der Nationalversammlung entschieden bekräftigt. Dagegen meldet die „Morning Post“, nach den Erklärungen Lord Georges werde der Präliminarfrieden bis Anfang Februar vollzogen vorliegen, sofern Deutschland bis dahin eine vertragsgerechte Volkvertretung habe.

Geht, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Dem „Matin“ zufolge hat am Dienstag eine Vorgesprächung der Delegierten für die große Pariser Konferenz der kommenden Woche stattgefunden. An den Verhandlungen nahmen Paning, aber nicht Wilson teil. Die Vorgesprächung, die informativen Charakter trug, haben Einigkeit darüber ergeben, daß bolschewistisch regierte Staaten und solche mit Arbeiter- und Soldatenräten keinen Platz im Vorkriegsbund finden würden. — Nach der „Morning Post“ sagte Lord Georges am Dienstag in der Bonhoner Handelskammer: Der Sieg des England errungen hat, sei der größte seit 150 Jahren. Er hoffe, daß der Friede gleich groß und ruhmvoll für England sein werde. Der endgültige Friede könne nur mit einem Feinde geschlossen werden, dessen Politik von den Alliierten anerkannt sei. Deutschland liege es, diese Möglichkeit zu schaffen, indem es sich zum Vorkriegsbund der westlichen Demokratie summe.

Polnisches Bündnis mit der Entente?

a. Biele, 20. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdener Neuesten Nachrichten.) Die „Nationalzeitung“ meldet aus dem polnischen Hauptquartier den Abschluß eines militärischen und politischen Bündnisses zwischen Polen und der Entente.

Das russische Problem

Rotterdam, 20. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdener Neuesten Nachrichten.) In den Besprechungen der Bonhoner Blätter, die den am erwartenden Beschluß der Alliierten wegen Rußland gewandt sind, macht sich vornehmlich die Frage nach dem Schicksal der russischen Revolution bemerkbar, die in Rußland nicht zu lösen ist. „Daily Express“ weist auf die noch ungelöste diplomatische Frage an, die ein Zusammengehen Amerikas mit Japan in Rußland erschwere.

Der „New York Times“ meldet aus Bonhonor: Die englischen Blätter beschäftigen sich in zunehmendem Maße mit der Intervention in Rußland. „Daily Chronicle“, das „Daily Express“, befürwortet in einem Leitartikel eine besondere Mitarbeiter vorzüglich ein gemeinsames Vorgehen der Alliierten in Rußland. Die tabulierten Blätter in diesen Tagen haben jedoch dagegen fort. Auch der konservative „Daily Express“ schließt sich diesen an. Der Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ gibt eine Schilderung der Mord-, Gefangenen- und Hungerkatastrophen in Rußland mit der für: „In das Meer von einem bolschewistischen Meer von drei Millionen Mann glaubt man in England nicht. Andererseits besteht in Polen große Verunsicherung. Das Land ist beinahe verödet. Es würde daher nicht schwerfallen, daß die Bolschewisten nach Deutschland vorrückten, wo sie in den letzten Jahren eine energische Propaganda geführt haben. Wenn die Pläne der Bolschewisten durchgeführt werden, so stellt Europa nach Rußland diplomatischer Art eine Gefahr gegenüber, die ebenso groß ist wie die beim Einbruch von Kämpfern-Gebirgen. Die Wahlen in England haben gezeigt, daß in einem Teile des Landes viel Sympathie für die bolschewistische Regierung besteht. In einer Intervention der Alliierten würde daher gewiß Kritik geübt werden. Glücklicherweise befindet sich Wilson jetzt in Europa, so daß diese Angelegenheit von den Alliierten gemeinsam beraten werden kann.“

„Daily News“ fragen, ob nicht wirtschaftliche Hilfeleistung in Rußland ein besseres Mittel zur Bekämpfung des Bolschewismus sei als das Senden von Militärtruppen. „Daily Express“ schreibt in einem Leitartikel: „Wir haben in Rußland mit den Armen und Huntern nichts zu schaffen. Wir sind von den europäischen Nationen diejenigen, die am wenigsten geneigt ist, einen Krieg anzufangen. Da Deutschland als Pufferstaat zwischen der Alliierten und Rußland steht, so besteht kein Grund, warum wir uns einen Krieg auf den Hals laden sollen.“ „Westminster Gazette“ sagt zum Artikel des „Daily Chronicle“: „Die Erklärung des Westens ist sowohl ein ruhiges Deutschland wie ein ruhiges Rußland nötig. Wenn wir endlich mit dem bolschewistischen Einfall in Deutschland rechnen müssen, haben wir keines von beiden. Augenblicklich besteht gute Aussicht, daß die deutsche Revolution einen gemäßigten Charakter annehmen wird. Aber die Entwicklung des Exterismus in Deutschland wird durch die Ereignisse in Rußland in einem oder anderem Sinne entscheidend beeinflusst. Daher ist es von größter Wichtigkeit, daß die Lage in Rußland unter der Kontrolle der Alliierten bleibt.“

Nach einer Information des „Daily Chronicle“ wünscht die englische Regierung vorläufig deshalb nicht einen internationalen Arbeiterkongress, weil die Verhältnisse in Deutschland unklar seien und eine Zusammenkunft englischer mit russischen Delegierten unpraktisch sei.

Die Vertretung der russischen Regierungen

Kopenhagen, 20. Dezember. Die Besuche russische Botschaften seit dem 16. des Monats wie die anderen diplomatischen Vertretungen Rußlands, im Kabinett aus nur zur tschechischen Regierung in Beziehungen getreten sei und diese in Dänemark vertreten. Die Botschaften vertreten nunmehr in Dänemark alle patriotischen russischen Regierungen, die alle in voller Übereinstimmung für die Wiedererrichtung eines großen, einigten Rußlands zusammenarbeiten. Diese Regierungen sind die vereinigten tschechischen tschechischen Regierungen deren oberster Regent Admiral Koltschak mit dem Ministerpräsidenten Wolodowski ist, mit dem Elbe in Ost, ferner die nordrussische Regierung, deren Oberhaupt Kommandant General Waraschinski als Generalgouverneur und Oberbefehlshaber mit dem Elbe in Archangelsk, die tschechische tschechische Regierung mit dem tschechischen General Denikina, mit General Dragomirov als Ministerpräsident und Salomon als Minister des Äußeren, mit dem Elbe in Jekaterinburg.

Fürst Tzow in England

„Daily Chronicle“ meldet, daß Minister Tzow am 19. nach Ausbruch der russischen Revolution Ministerpräsident war aus Amerika in England ein- und besichtigt auf nach Paris zu gehen. Das Ziel seiner Reise ist die Alliierten aber die tschechischen Verhältnisse in Rußland aufzuklären und für die Bildung einer neuen tschechischen Regierung zu wirken.

Der englisch-japanische Geheimvertrag

Bern, 20. Dezember. (Priv.-Tel.) Die „Morning Post“ erwähnt eine von dem britischen Führer Gollander im Glasgower Wahlkreis gemachte Mitteilung, daß im Jahre 1918 zwischen Großbritannien und Japan ein Geheimvertrag geschlossen habe, der, soweit man wissen, noch in Kraft sei und wonach Großbritannien sich verpflichtet habe, Japan bei einem Krieg mit einer Note im Stillen Japan zu unterstützen.

Die Reichskonferenz der A- und B-Räte

Im Interesse unseres Lesers, das wir alle aus tiefster Seele leben und dem wir in keiner höchsten Not um so lieber die Treue halten wollen, bitten wir Sie, so bald der Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates sich melden lassen, seine Adresse, im Ihrer großen Mehrheit meinem Antrag zustimmend, die Wahlen für die deutsche Nationalversammlung am 19. Januar fest.

Dänisch (Unabh. Soz.) als Gegenreferent führte aus: Die Nationalversammlung ist das Todesurteil für das alte Regime. Wir wollen das russische System nicht einfach nachahmen. Die Nationalversammlung hat nicht den Willen noch die Kraft, den Sozialismus mit Wirksamkeit durchzusetzen. Das alte Regime muß ausgebaut werden. Zusammen wird es groß werden.

Geht (Unabh. Soz.): Eine sozialistische Mehrheit für die Nationalversammlung ist unmöglich. Die alte Bürokratie muß vollständig beseitigt werden. Das Reich ist zu zerbrechen, auch wenn die Nationalversammlung beschließen sollte.

Geht (Unabh. Soz.): Eine sozialistische Mehrheit für die Nationalversammlung ist unmöglich. Die alte Bürokratie muß vollständig beseitigt werden. Das Reich ist zu zerbrechen, auch wenn die Nationalversammlung beschließen sollte.

Geht (Unabh. Soz.): Eine sozialistische Mehrheit für die Nationalversammlung ist unmöglich. Die alte Bürokratie muß vollständig beseitigt werden. Das Reich ist zu zerbrechen, auch wenn die Nationalversammlung beschließen sollte.

Geht (Unabh. Soz.): Eine sozialistische Mehrheit für die Nationalversammlung ist unmöglich. Die alte Bürokratie muß vollständig beseitigt werden. Das Reich ist zu zerbrechen, auch wenn die Nationalversammlung beschließen sollte.

Geht (Unabh. Soz.): Eine sozialistische Mehrheit für die Nationalversammlung ist unmöglich. Die alte Bürokratie muß vollständig beseitigt werden. Das Reich ist zu zerbrechen, auch wenn die Nationalversammlung beschließen sollte.

Geht (Unabh. Soz.): Eine sozialistische Mehrheit für die Nationalversammlung ist unmöglich. Die alte Bürokratie muß vollständig beseitigt werden. Das Reich ist zu zerbrechen, auch wenn die Nationalversammlung beschließen sollte.